

Peter Scherer

Die Bedeutung der Novemberrevolution 1918 für die deutsche und europäische Geschichte

Der 9. November 2008 war ein doppelter Jahrestag, ein Tag des Sieges und ein Tag der Schande: Sieg, weil der 9. November 1918 für die größte und erfolgreichste Massenbewegung in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung steht; Schande, weil am 9. November 1938 die Mordbanden der Nazis ein Pogrom veranstaltet haben, das den Auftakt zu einem der größten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit bildete.

Die Revolution lag an diesem Tag 90 Jahre zurück, das Pogrom 70 Jahre. Beide Ereignisse stehen in einem unauflösbaren Zusammenhang, und doch konnten wir erleben, wie das offizielle Berlin, wie die Medien der Bundesrepublik sich auf das *Pogrom* konzentrierten. Von der Revolution war allenfalls beiläufig die Rede, mitleidig bis abfällig, spöttisch bis herablassend. Eine *deutsche* Revolution, also keine, sagen die einen, eine schändlich verraten Revolution die anderen. Und die gar nichts sagen, denken an einen verlorenen Krieg, an „Nachkriegswirren“, an ein mit Mühe verhindertes Chaos. Den einen ist es zu wenig, was 1918 geschah, den anderen ist es eine Tragödie, und noch immer sehen die Reaktionäre aller Schattierungen im November 1918 nichts anderes als einen Akt des Hochverrats, noch immer ist er für sie der „Dolchstoß in den Rücken des deutschen Heeres“.

In der Tat: Kein Tag wie jeder andere, der 9. November. Auf hintersinnige Weise geistert er seit 1799 durch die Geschichte, zuerst maskiert als „18. Brumaire“, ein Tag im „Nebelmonat“ des französischen Revolutionskalenders. Napoleon Bonaparte errichtet an diesem 9. November 1799 seine Diktatur unter dem Titel eines „Ersten Konsuls“. Vier Jahre später setzt er sich die Kaiserkrone auf, und verrät damit die antifeudalen und republikanischen Ziele der Großen Französischen Revolution. Am 9. November 1848 fällt Robert Blum, der volkstümlichste der demokratischen Linken unter den Kugeln eines kaiserlichen Hinrichtungskommandos. Als Abgeordneter des Parlaments in der Frankfurter Paulskirche war er nach Wien gereist, um den von der Konterrevolution hart bedrängten Demokraten beizustehen. Seine Immunität als Parlamentarier, auf die er vertraute, hat ihm nichts geholfen. Am 9. November 1989 „fällt die Mauer“, bricht das Grenzregime des ostdeutschen Staates zusammen. Aber selbst dieses Ereignis, auf das die Regierungen der Bundesrepublik jahrzehntelang hingearbeitet hatten, genügt nicht, den 9. November aus dem Zwielficht zu befreien. Auf der Suche nach einem Nationalfeiertag an Stelle des 17. Juni weicht man auf den 3. Oktober aus, ein formaljuristisches Datum aus dem Jahr 1990. Niemand knüpft an diesen Tag irgendeine Erinnerung, und schon 2004 verärgern Kanzler und Finanzminister den Bundespräsidenten mit dem Vorschlag, den Feiertag zu Zwecken der Sparpolitik wieder abzuschaffen. Nur Wenige sprechen es aus, aber eigentlich ist es klar: Natio-

nalfiertag müsste der 9. November sein, der Geburtstag der ersten deutschen Republik, der Tag, an dem 1918 der Kaiser in das Exil abreist, und mit ihm die ganze Fürstenkaste aus der Geschichte verschwindet.

Einen Weltkrieg beenden

Viele von denen, die jedes Jahr am 9. November der ermordeten und gedemütigten Juden gedenken, wissen nur wenig von der Revolution, deren Jahreszahl doch in jeder Kirche, auf jedem Gefallenendenkmal steht, zusammen mit jener anderen Jahreszahl 1945, die auch das Ende eines Weltkrieges bezeichnet. Aber dieser zweite Krieg ist bis zum Weißbluten geführt worden, bis zur Verwüstung des ganzen Landes, weil keine Kraft des Widerstandes stark genug war, dem Wahnsinn Einhalt zu gebieten.

Das ist die wichtigste Tatsache und der größte unter den Erfolgen der Revolution des 9. November: Sie hat einen Weltkrieg beendet. Nach dem Sieg der Revolution in Berlin dauerte es bis zum 11. November noch ganze zwei Tage und der Waffenstillstand trat in Kraft. Am 9. November 1918 siegt in erster Linie eine Revolution gegen Militarismus und Krieg, gegen das Morden draußen an den Fronten und gegen den Terror der Militärjustiz in der Heimat. Vielleicht ist auch das einer der Gründe, weshalb man diesem Tag die Feier und selbst ein Gedenken verweigert. Wer sich brüstet, deutsche Soldaten nach Jahrzehnten wieder in Kampfeinsätze geschickt zu haben, wer das „Normalisierung der Außenpolitik“ nennt und den Einsatz der Armee im Innern vorbereitet, der kann mit den Matrosen und Soldaten des Jahres 1918 freilich nichts anfangen.

Am 11. November 1998 trafen sich die englische Königin und der französische Präsident mit großem Zeremoniell unter dem napoleonischen Triumphbogen in Paris zur Feier des Waffenstillstandes. Sie hätten es besser auf Schilling-Reede vor Wilhelmshaven getan, wo die Heizer das Feuer unter den Kesseln herausgerissen haben.¹ Dort begann der Friede! Ohne den beharrlichen Widerstand, ohne den Mut der Revolutionäre hätte dieser Krieg noch Jahre fortgedauert und die Opfer der letzten Jahre hätten alles überstiegen, was die Völker bis dahin schon hatten erdulden müssen. Um einen Begriff davon zu bekommen, mag man sich vorstellen, der zweite Weltkrieg hätte wie der erste im Herbst des fünften Kriegsjahres, d. h. 1943, geendet, und das Elend der Jahre 1944 und 1945 wäre uns und der Welt erspart geblieben. Hätte die Revolution des 9. November nichts anderes gebracht als den Frieden, sie hätte es verdient, als ein Sieg der Menschlichkeit über die militaristische Barbarei Jahr um Jahr gefeiert zu werden.

Errungenschaften

Aber dabei blieb es nicht. Die Revolution ist die Geburtsstunde der deutschen Republik. Sie stürzte den Kaiser, diesen Götzen eines ganzen politischen Systems, und mit ihm jene Fürstenkaste, die das deutsche Volk Jahrhunderte lang

¹ Sebastian Haffner, *Die deutsche Revolution 1918/19*, München 1991, S. 52.

durch Not und Krieg geschleift hatte. Die Männer und Frauen des November 1918, die von ihnen getragenen Massenbewegungen zerbrachen das preußische Dreiklassenwahlrecht, dieses Privileg der Reichen, dieses Vorrecht, die politische Macht nicht erst kaufen zu müssen, sondern kraft Eigentums ausüben zu können. Sie gaben den Frauen das Stimmrecht. Sie befreiten die Dienstboten und Landarbeiter von der Tyrannei der Gesindeordnungen und Ausnahmegesetze.

Und sie legten das Fundament der Tarifpolitik, wie wir sie kennen. In Tagen erreichten sie mehr als alle Kampagnen und Manifestationen in den Jahrzehnten davor. Die Tarifvertrags-Verordnung, die den Vorrang des Tarifvertrages vor dem Einzelarbeitsvertrag festlegte, trägt das Datum des 23. Dezember 1918. Seit 1890 hatte man Jahr für Jahr am 1. Mai für den Achtstundentag demonstriert. Es brauchte die Revolution des 9. November, um den einfachen Satz in die Maschine zu diktieren: „Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen darf die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten.“ So noch immer zu lesen im Reichsgesetzblatt vom 26. November 1918, und so noch immer und wieder von höchster Aktualität.

Die Gewerkschaften werden im Feuer der Revolution geradezu neu geboren. Die Mitgliedschaft der sozialistisch orientierten Freien Gewerkschaften vervielfacht sich von einer Million auf fast acht Millionen. Und diese Millionen neuer Mitglieder bleiben trotz aller politischen Enttäuschungen bis in die Inflationsmonate 1923 hinein treu. Die fünf Jahre nach der Revolution sind Jahre einer nie da gewesenen Machtfülle der Gewerkschaften. Nie zuvor und nie mehr danach hatte das Wort der Lohnabhängigen im Betrieb solches Gewicht. Im Oktober 1919 rechnet die Generalversammlung des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“, der größten Einzelgewerkschaft, mit der anpasserischen Politik des Vorstandes während des Krieges ab und wählt eine neue Führung. Auch das war ein Zeichen von Stärke! Am 4. Februar 1920 verabschiedet der Reichstag das Betriebsrätegesetz, das trotz seiner Schwächen den Räten Rechte zugesteht, von denen die einstigen „Arbeiterrausschüsse“ nur träumen konnten. Wenn heute Mitglieder der Betriebsräte auch in den Aufsichtsräten Arbeitnehmerinteressen vertreten, dann ist das ein Erfolg des Jahres 1922.

Die Massen

Die Italiener sprechen für die Zeit zwischen dem Ende des Krieges und dem Beginn der faschistischen Diktatur 1922, und speziell für die Jahre 1919 und 1920, von den „Roten Jahren“. Wollte man diesen plakativen Begriff auf die deutsche Geschichte anwenden, so sollten wir uns nicht scheuen, den Rahmen weit zu stecken: von der Gründung der USPD an Ostern 1917 bis zu den Arbeiterregierungen in Thüringen und Sachsen 1923. Erst dann nämlich verebbt der ungeheure Impuls, den der Aufstand der Massen im Herbst 1918 ausgelöst hat, erst dann verlassen Millionen neuer Mitglieder, die den Gewerkschaften zugeströmt waren, ihre Organisationen.

Die Wahlergebnisse allein geben nur unvollkommen wieder, was man verle-

gen den „Druck von unten“ nennt. Es war die Schubkraft einer mehrfachen, gebündelten Emanzipationsbewegung, nicht allein der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten, sondern auch der Frauen, der Jugend und in einem größeren Zusammenhang gesehen auch der Juden, die sich noch immer und im Elend des Krieges erneut gegen Zurücksetzung und Vorurteil, ja gegen Misshandlung und Mord zur Wehr setzen mussten.

Die viel zitierten „Massen“ von 1918, das waren nicht in erster Linie Anhänger der noch schwachen USPD und des noch weit kleineren Spartakusbundes, das waren Mitglieder und Sympathisanten der *großen* Organisationen, hauptsächlich der MSPD und der freien Gewerkschaften, die auf die Straße gingen, ohne lange auf eine Weisung oder die Zustimmung der höheren Instanzen zu warten.

Sie machten „Druck“, teils weil sie die sozialistische Regierung (so glaubten sie) in Berlin unterstützen wollten, teils weil sie schon Zweifel hatten, ob die alten, oft beschworenen Ziele ganz oben noch ernst genommen werden. So marschierten sie in endlosen Zügen, auch an jenem legendären 10. November, einem strahlenden Sonntag, der so gar nichts von grauem November an sich hatte.

Sie trotzen jahrelang der Enttäuschung, der Resignation. Sie hatten den Krieg unführbar gemacht und sie verteidigten die Errungenschaften der Revolution. Nach dem Mord an Walter Rathenau im April 1922 füllten sie noch einmal die Straßen, aber es war nur noch wie eine Erinnerung an all die vertanen Möglichkeiten der vergangenen vier Jahre.

Generalstreik

Man muss sich diese immer neue Mobilisierung der Massen über Jahre hinweg, dieses andere Kräfteverhältnis in den Betrieben vor Augen führen, wenn man verstehen will, wie es den Gewerkschaften im März 1920 gelingen konnte, den Putsch der Militaristen um Kapp und Lüttwitz durch Generalstreik innerhalb weniger Tage zum Scheitern zu bringen. Dieses Kräfteverhältnis war nicht allein innerhalb der deutschen Grenzen neu bestimmt worden. Seit dem Oktober 1917 ging eine revolutionäre Welle durch Europa, wie man sie seit 1848 nicht mehr gesehen hatte. Die russischen Arbeiter machten den Anfang. Fast auf den Tag genau zum ersten Jahrestag der russischen Revolution folgte 1918 die deutsche. Am 12. November erklärte sich Deutschösterreich unter sozialistischer Führung zu einem Teil der Deutschen Republik. 1919 wurde die ungarische Räterepublik errichtet. Die Kämpfe in Italien und Spanien nahmen an Schärfe zu. Vor diesem Hintergrund schlug am 13. März 1920 die Sternstunde der deutschen Gewerkschaften. Ohne langes Federlesen ging der Aufruf hinaus: „Die Reaktionäre ... schicken sich an, auch die Errungenschaften der Revolution vom November 1918 zu beseitigen ... Wir fordern daher alle Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, überall sofort in den Generalstreik einzutreten.“

Die Gewerkschaften waren nicht nur an Mitgliedern gewachsen, sie hatten auch aus der Geschichte gelernt. Noch 1906 waren sie auf dem Mannheimer Parteitag der SPD als entschiedene Gegner des politischen Massenstreiks aufgetreten. Auch 1914 hatten sie ihr Teil dazu beigetragen, die Politik der SPD-

Führung durchzusetzen, die von einem Generalstreik gegen den Krieg nichts wissen wollte, sondern die Politik der Hindenburg und Ludendorff vom ersten bis zum letzten Tag mitmachte. Jetzt, im März 1920, noch getrieben von der Dynamik der Revolution, trafen die Gewerkschafter die richtige Entscheidung, ohne lange auf die Regierung zu warten, die sich auf der Flucht befand.

Konterrevolution

Ein weiteres Moment trat hinzu. In diesen Tagen bekamen die deutschen Gewerkschafter einen ersten Begriff davon, was ihnen drohte. Wie ein Schatten war mit der Revolution die Konterrevolution in die Geschichte eingetreten. Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mochte man in den Vorständen des ADGB noch mit halbem Bedauern zur Kenntnis genommen haben. Die Niederschlagung der lokalen Räterepubliken durch Freikorps-söldner unter sozialdemokratischem Oberbefehl war schon peinlicher, zumal die Offiziere und Soldaten mit dem Totenkopf am Stahlhelm nicht den geringsten Hehl daraus machten, wo sie politisch standen. Als aber am 1. März 1920 in Ungarn das erste faschistische Regime errichtet wurde, hatte das eine neue Qualität. Am 5. März erließ der Internationale Gewerkschaftsbund einen Boykottaufruf, den er wie folgt einleitete: Man habe von den „entsetzlichen, unbeschreiblichen Verfolgungen Kenntnis genommen, denen die Arbeiter Ungarns jetzt unter der Gewaltherrschaft des weißen Terrors ausgesetzt sind. Tausende Männer und Frauen, deren einzige Missetat darin besteht, dass sie in den dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Fachverbänden organisiert sind, schmachten in Gefängnissen und Konzentrationslagern...“² Da scheint es auf, dieses Wort, das alle Schrecken in sich vereinigt!

Man hat, bewehrt mit ganzen Bibliotheken, um die Frage gestritten, was denn Faschismus eigentlich sei. Im März 1920 bedurfte es keiner weitschweifigen Theorie, das herauszufinden. Faschismus, das war der „weiße Terror“ gegen die „Roten“, gegen alles, was der Arbeiterbewegung angehörte, ihr nahe stand oder ihr zugerechnet wurde, ob zu Recht oder zu Unrecht. Faschismus war das politische System der Konterrevolution.

Die deutschen Gewerkschafter wussten also recht gut, wofür und gegen wen sie nur acht Tage später zum Generalstreik aufriefen. Man hatte auch Phantasie genug, sich vorzustellen, was es bedeuten würde, wenn die russische Räterepublik ihren Feinden unterliegen würde. So kam es im August 1920 zu dem gemeinsamen Aufruf von ADGB, SPD, USPD und KPD zur Verhinderung von Militärtransporten durch deutsches Gebiet gegen Sowjetrußland. Was war der Hintergrund? Die reaktionäre polnische Regierung hatte das vom Bürgerkrieg geschwächte Rußland angegriffen und war tief nach Weißrußland und in die Ukraine vorgedrungen. Frankreich und Großbritannien versorgten die polnische Armee mit Nachschub. Nicht zuletzt die Solidarität der deutschen Arbeiter ließ den polnischen Vormarsch stocken.

² Metallarbeiter-Zeitung vom 3.4.1920.

Konnte man die konterrevolutionären Regime in Ungarn und Polen noch der osteuropäischen Peripherie zuordnen und ihren angeblich „besonderen Verhältnissen“, so war das im Fall Italiens nicht mehr möglich. Als 1922 Mussolini sein Regime errichtete, tat er es in einem Kernland Europas, am Ursprung des Meisten, worauf sich Europa etwas einbildete. Das italienische Beispiel lehrte: Keine Gesellschaft, in der Großkapital und Großgrundbesitz die Herrschaft ausüben, ist immun gegen den Faschismus. Er ist die letzte Zuflucht bürgerlicher Politik, er ist die Antwort auf den Versuch, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg aufzurichten.

Rosa Luxemburg war es, die an der Jahreswende 1918/19 den prophetischen Satz über die Kaste der Besitzenden in das Programm der KPD geschrieben hat: „Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden kalter Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem Weltkrieg an den Tag gelegt hat.“ Sie schrieb das, kurz bevor sie selbst am 15. Januar 1919 Opfer des weißen Terrors wurde.

Judenhass und Konterrevolution

Zweimal hat die deutsche Konterrevolution versucht, ihre Herrschaft aufzurichten: Das erste Mal am 13. März 1920, das zweite Mal am 9. November 1923. Beim dritten Mal, am 30. Januar 1933, hat man den Putschisten von 1923 die Macht auf dem Silbertablett überreicht. Das ist der Kern der Sache. Die *Revolution* war der zentrale Punkt. Ihre Ergebnisse sollten ausgelöscht werden, ihre Vorkämpfer ermordet, ihre Idee diffamiert und dem Vergessen anheim gegeben werden. Deshalb hatten die Nazis ein so inniges Verhältnis zum Datum der Revolution, zum 9. November, dass sie ihren Putsch 1923 auf den fünften Jahrestag ansetzten, dass sie sich seither jedes Jahr an diesem Tag im Kreis der „alten Kämpfer“ trafen, dass sie an diesem Tag 1925 der SS ihren Namen gegeben haben, und dass sie 1938 kein besseres Datum wussten, „es den Juden zu zeigen“, als den 9. November.

Hier kommen wir nun an einen ganz wesentlichen Punkt: Faschisten müssen nicht zugleich Judenfresser sein, und Juden können auch Faschisten sein, wofür die italienische Bewegung vor ihrem Bündnis mit den deutschen Nazis manches Beispiel liefert.³ Das ist heute, nach den Massenverbrechen der deutschen Faschisten an den Juden ein schwieriges Thema. Im Mai 1919, als die Träger der Revolution und ihre Feinde noch leibhaftig vor Augen standen, war es relativ leicht, den Zusammenhang von Judenhass und Konterrevolution zu durchschauen. Ein führendes sozialdemokratisches Blatt, die in Nürnberg erscheinende „Fränkische Tagespost“, schrieb damals: „Es geht eine Welle von Judenfeindschaft durch das ganze Land. In Plakaten, Aufrufen, Handzetteln, in allen Formen ... wird gegen die Juden geschürt und gehetzt ...“ Man

³ Vgl. Michele Sarfatti, *The Jews in Mussolini's Italy: From Equality to Persecution*, Wisconsin 2007. Sarfatti ist Leiter des Jewish Center for Contemporary Documentation in Mailand.

versuche eine Meinung im Volk besonders auf dem flachen Land zu bilden, „die das Judentum und die Revolution in einen Topf wirft. Sie schlagen die Juden und meinen die Revolution. Das ist das ganze Geheimnis der antisemitischen Hetze, die sich immer drohender auswächst.“⁴ Ältere Genossen werden sich beim Lesen dieses Artikels daran erinnert haben, wie nach dem Ende der Verfolgung unter den Sozialistengesetzen bürgerliche und kirchliche Kreise ab 1890 eine Welle antisozialistischer und eben auch antisemitischer „Aufklärung“ in Gang brachten, um mit ihrer Propaganda fortzusetzen, was dem Polizeisäbel einstweilen verwehrt war.

Die Arbeiterbewegung hat frühzeitig den Antisemitismus bekämpft, war diese besondere Form der reaktionären Hetze seit dem Ende des 19. Jh. doch gegen sie selbst gerichtet. August Bebel, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, wurde in den Jahren zwischen 1904 und 1907 zum Ankläger des Völkermordes an den Hereros in Deutsch-Südwestafrika. Es war die illegale KPD, die der Empörung über das Pogrom von 1938 Ausdruck gegeben hat, ganz im Gegensatz zur Diplomatie Englands und Frankreichs, die sich bedeckt hielt, um den Partner des kurz zuvor unterschriebenen Münchner Abkommens nicht zu verstimmen: „Getreu den stolzen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung ... erhebt die Kommunistische Partei Deutschlands ihre Stimme gegen die Judenpogrome Hitlers, die vor der gesamten Menschheit die Ehre Deutschlands mit tiefster Schmach bedeckt haben ... Es sind nicht die Juden, die durch eine fortgesetzte Politik der Gewalt und der erpresserischen Drohungen gegenüber andern Ländern den Frieden gefährden und Deutschland in einen neuen Weltkrieg treiben. Es sind die Krupp, Thyssen, Mannesmann, Flick usw., die alten imperialistischen Verderber Deutschlands, die Kriegsgewinnler vom letzten Weltkrieg, die Inflationsgewinnler in der Republik, die Rüstungsgewinnler von heute, in deren Auftrag Hitler bereit ist, das deutsche Volk wieder in einem Krieg hinzuopfern.“⁵

Auch als die Züge in die Vernichtungslager rollten, unternahm die alliierte Luftwaffe rein nichts, das Morden aufzuhalten. Um die Motivation der Mörder zu stärken, erinnerte der Reichsführer SS im Oktober 1943 folgerichtig an das Vorfeld der Novemberrevolution, an die sozialistischen „Agitatoren und Hetzer“, die es vorzogen, einer Rosa Luxemburg mehr zu glauben als den Durchhalteparolen eines Friedrich Ebert: „Ich meine jetzt die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes ... Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte, denn wir wissen, wie schwer wir uns täten, wenn wir heute noch in jeder Stadt, bei den Bombenangriffen, bei den Lasten und Entbehungen des Krieges, noch die Juden als Geheimsaboteure, Agitatoren und Hetzer hätten. Wir würden wahr-

⁴ Fränkische Tagespost vom 23.5.1919. Zitiert nach Judit Pákh, *Revolution und Konterrevolution: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nürnberg 1918 – 1933* (Das rote Nürnberg Bd. 4), Kösching 1985, S. 69 f.

⁵ Sonderausgabe der Zeitung „Rote Fahne“ gegen die Judenpogrome, Mitte Nov. 1938. Nach: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1966, Bd. 5, S. 509 f.

scheinlich jetzt in das Stadium des Jahres 1916/17 gekommen sein, wenn die Juden noch im deutschen Volkskörper säßen.“⁶

Die Rote Armee war es endlich, die Auschwitz befreite und der Welt die ersten Bilder der Überlebenden lieferte. Es fehlte denen, die vor den Überresten des Verbrechens standen, wohl oft die Worte, aber es machte doch auch hier keinen Sinn, einem historischen Ereignis „Einmaligkeit“ zu attestieren.

Es ist leider eine Tatsache, dass die Erinnerung an den faschistischen Massenmord systematisch dazu herangezogen wird, den Interventionskriegen im Nahen Osten eine moralische Rechtfertigung zu geben. Je ausgreifender die Ziele, je bedenkenloser die Mittel und je wertvoller der „westliche“ Brückenkopf für die geostrategischen Ziele der USA, umso intensiver wird an dieser ideologischen Verknüpfung gearbeitet. Viele, die in den vergangenen Jahrzehnten die Erinnerung an die faschistischen Massenverbrechen wach gehalten haben, geraten dadurch in die fatale Situation, der Rechtfertigung einer aggressiven, durchaus kolonialen Mustern folgenden Politik dienstbar gemacht zu werden. Gerade hier wird deutlich, wie leicht Erinnerung manipuliert werden kann, wenn man sie aus dem rational erfassbaren Zusammenhang löst und zum Gegenstand moralischer „Bekanntnisse“ macht.

Alternativen

Nach den Alternativen der historischen Entwicklung zu fragen, ist nicht üblich. „Was wäre gewesen, wenn ...?“ Wer diese Frage stellt, begibt sich schnell außerhalb aller „Wissenschaftlichkeit“. Die Historiker sind im allgemeinen froh, wenn sie plausibel machen können, „wie es wirklich war“. Schon darüber nehmen die Kontroversen kein Ende. Nicht auszudenken, wenn darüber hinaus weitere Möglichkeiten der Entwicklung diskutiert werden sollten! Und doch müssen gerade wir, die wir aus der Geschichte lernen wollen, die Frage nach den Alternativen, nach den anderen, nicht verwirklichten Möglichkeiten stellen. An keinem Tag aber sind die Fragen nach Zwangsläufigkeit und Vermeidbarkeit, nach Chance und Scheitern so schmerzhaft wie am 9. November.

Ich will hier zwei Texte nebeneinander stellen, die in diesem (wenn ich es so nennen darf) *historischen Konjunktiv* abgefasst sind, und erst später sagen, wer sie gesprochen hat, wo sie gesprochen wurden und wann.

Der erste Text: „Wenn es gelungen wäre, den geschichtlichen Prozess durch einheitliches, revolutionäres Handeln dahin zu bringen, dass sich das deutsche Proletariat dem russischen und ungarischen an die Seite gestellt hätte, dann wären wir einen weiten Schritt vorwärts gekommen. Wir hätten den Inseln und Oasen des sozialistischen Regiments einen ganz anderen moralischen und materiellen Rückhalt gegeben, und wir hätten dann das Triebrad der Weltgeschichte ganz anders in Bewegung setzen können. Dann wäre das Proletariat

⁶ Himmler, Posener Rede vom 4.10.1943, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. November 1945 - 1. Oktober 1946, Band XXIX, Dokument 1919-PS, Nürnberg 1948.

der westeuropäischen Länder nicht durch das Versagen von uns und der anderen Länder zurückgedrängt worden ...“

Nun der zweite Text: „Wären die deutschen Arbeiter im November 1918 Karl Liebknecht und seiner Idee gefolgt, hätte dieser zweite Weltkrieg nie stattgefunden. Ein Meer von Blut und Tränen wäre dem deutschen Volk und der Menschheit erspart geblieben. Es hätte keinen Adolf Hitler gegeben, keine Konzentrationslager, keine Judenvernichtung. Europa wäre nicht zum Trümmerfeld geworden.“

Den ersten Text hat ein Metalller gesprochen, nämlich Robert Dißmann als Sprecher der linken Opposition auf der 14. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart am 16. Oktober 1919. Dißmann erhebt eine bittere Anklage, aber er ist auch überzeugt davon, dass es noch nicht zu spät ist, das Steuer herumzureißen, die Fehler zu korrigieren. Den Anfang machten die Metalller noch in Stuttgart, indem sie sich einen neuen Vorsitzenden wählten, keinen anderen als Robert Dißmann selbst, Mitglied der USPD, die kurz zuvor 1917 aus Protest gegen die Kriegspolitik des Parteivorstandes gegründet worden war. Der zweite Text stammt aus der Rede, die der Kommunist Fritz Martin, Mitglied des Betriebsrates bei Heraeus, anlässlich der Maifeier 1946 in Hanau gehalten hat, vor der Fassade eines Schlosses, das der Zufall übrig gelassen hatte, im Rücken der Zuhörer aber die Trümmerfläche der niedergebrannten Stadt.⁷

Um ehrlich zu sein: Wir wissen nicht, was aus einer siegreichen „Deutschen Föderativen Sozialistischen Republik“ des Jahres 1919 an der Seite von Räteungarn und Sowjetrussland im Laufe der Jahrzehnte geworden wäre. Vielleicht hätte auch sie inzwischen ein unrühmliches Ende gefunden. Wir können aber mit einiger Gewissheit dem Hanauer Kollegen zustimmen, wenn er aufzählt, was nicht geschehen wäre. Das aber zu denken, das sich nur einen Augenblick lang vorzustellen, diese Möglichkeit des Lebens an Stelle der Zerstörung, ist wohl mehr als wir leisten können.

Wir und sie

Es liegt auf der Hand, dass ein Geschichtsbild, das von den Ereignissen des 9. November nur die Pogromnacht von 1938 anerkennt, wenig zum Lernen aus der Geschichte beiträgt, mag davon auch noch so oft die Rede sein. Nicht einmal das Pogrom selbst wird man auf diese Weise verstehen können. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist Teil einer gewaltigen, weltweiten Anstrengung, zu einer gerechten Gesellschaft zu gelangen. In einem großen Spannungsbogen erhebt sie sich aus ersten Anfängen in den 30er Jahren des 19. Jh. bis zum Höhepunkt im zweiten und dritten Jahrzehnt des 20. Im Verlauf der bald 180 Jahre, auf die wir zurückblicken, überdeckt die fa-

⁷ Die Texte finden sich in: Peter Scherer/Peter Schaaf, Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848 – 1949, Stuttgart 1984, S. 291, sowie: Judit Pákh, Das rote Hanau: Arbeit und Kapital 1830 – 1949, Hanau 2007, S. 932.

schistische Diktatur in Deutschland nur zwölf Jahre, d. h. nicht einmal ein Zehntel.

Es liegt im Wesen der konterrevolutionären Diktatur, dass sie als Notbehelf der bürgerlichen Herrschaft selten länger währt als die revolutionäre Bewegung, gegen die sie angesetzt wird. Je erfolgreicher sie bei der Vernichtung des politischen Gegners ist, desto schneller macht sie sich selbst überflüssig. Ihre Auftraggeber sind von einem bestimmten Punkt an nicht länger bereit, die Spesen ihrer Pistoleros zu begleichen. Auch die deutschen Nazis hatten einen Begriff davon, dass die Zeit gegen sie arbeitete, wenn sie von „tausend Jahren“ schwadronierten und doch nicht wussten, wie sie über die nächsten fünf kommen sollten.

Die Fixierung auf die deutsche Diktatur, auf die außerordentliche, weltweite Dramatik der Jahre 1933 bis 1945, macht es schwer, einen Begriff vom schäbigen Alltag der Konterrevolution zu bekommen. Hier kann ein Gedankenexperiment helfen. Man stelle sich vor, der deutsche Diktator hätte die Juden in Ruhe gelassen, den Krieg „rechtzeitig“ beendet oder erst gar nicht angefangen, wäre dann in den 50er Jahren zu einem Verbündeten der USA geworden, in Ehren ergraut und 1975 samt seinem Regime beerdigt worden. Zwei Jahre später hätte sich die NSDAP aufgelöst und der Chef des Hauses Hohenzollern wäre zur Freude der Boulevard-Blätter König von Deutschland geworden. Ein obszöner Gedanke? In Spanien ist genau das passiert, und doch wird niemand behaupten wollen, das Franco-Regime (von Hitler und Mussolini an die Macht gebombt) sei keine faschistische Diktatur gewesen.

Das Ende der faschistischen Regime auf der iberischen Halbinsel liegt nun schon über drei Jahrzehnte zurück. Die Konturen des europäischen Bürgerkrieges haben sich verwischt. Niemand kann mehr sagen: Geh doch nach drüben! Die Sowjetunion hat sich selbst aufgelöst. Pankow ist ein beliebtes Wohnviertel in Berlin, weiter nichts. Touristen, die aus Israel kommen, meinen, die Berliner Mauer sei ja geradezu *niedlich* gewesen im Vergleich zu der Mauer, die sie dort gesehen hätten. In Brandenburg, in der Lausitz (und nicht nur dort) sind die Neonazis Teil der „dörflichen Jugendkultur“. Und wer einmal richtig linke Sprüche hören will, der läßt sich Norbert Blüm oder Heiner Geisler ein. Das ist die (nicht mehr ganz so) neue Unübersichtlichkeit, in der nur eines unstrittig ist: Das gesamte politische Spektrum verschiebt sich nach rechts und das Kräfteverhältnis verändert sich zu Ungunsten der Lohnabhängigen. Ottmar Schreiner spricht von einer „Entsozialdemokratisierung“ seiner Partei in der Ära Schröder. Es ist in der Tat schwer, sich auch nur in den Sommer 1998 zurück zu versetzen, als die Metalljugend bei ihrem Aktionsfestival in Frankfurt eine Puppe mit den Zügen von Helmut Kohl unter Jubel im Main versenkte. Sie wusste ja nicht, was folgen würde!

Nicht wenige Gewerkschafter haben sich engagiert, das Vakuum am linken Ende des politischen Spektrums zu besetzen. Mehr als eine weit gestreute „Besetzung“ ist das bisher tatsächlich nicht, und wie bei den Sozialdemokraten sich die Mandatsträger Sorgen machen, was aus ihren Mandaten wird,

wenn die Verluste so weiter gehen, so hat die Linke Mühe, bei stetig wachsendem Zuspruch ihre Listen mit geeigneten Kandidaten zu besetzen. Auch in diesen Prozessen der Selbstkritik und Selbstfindung, so meine ich, ist es hilfreich, den schwierigen Weg der Linken durch die Geschichte zu kennen, die Vielfalt der Ursprünge, die Vereinigungen und Spaltungen, die Zeiten des Aufschwungs und die Zeiten der Verfolgung, die Phasen der Klärung und die langen, verheerenden Irrwege, die zur Entfremdung so vieler von der politischen Arbeiterbewegung geführt haben.

Es ist sicher notwendig, immer neu, Jahr um Jahr, daran zu erinnern, wozu die Faschisten im allgemeinen und die deutschen Nazis im besonderen fähig waren und sind. Aber es ist genauso wichtig, daran zu erinnern, welche gewaltige Kraft die Arbeiterbewegung *vor* den Katastrophen des 20. Jh. war – und wieder sein kann, wenn sie nur will. Das eine steht nicht gegen das andere. Wir brauchen *beides*. Wir müssen die Straße gegen die Neonazis verteidigen und wir müssen uns gleichzeitig dessen bewusst bleiben: Nicht *sie* sind der Hauptgegner, sondern ein System, das sich zum ersten Mal in seiner Geschichte aller Fesseln und Beschränkungen entledigt hat und nun seit bald schon zwei Jahrzehnten eine nahezu absolute Herrschaft über die Welt ausübt. Das ist neu, und doch hat die historische Epoche, die 1991 begonnen hat, manche Ähnlichkeit mit der Welt vor 1917, mit jener Welt, die auch in bürgerlichen Lehrbüchern unter der Überschrift „Das Zeitalter des Imperialismus“ beschrieben wird.

Ausblick

Die Weigerung, den Faschismus über alle nationalen Besonderheiten hinweg als das System der Konterrevolution wahrzunehmen, mag vielfach auf Unkenntnis beruhen. Die Inbrunst, mit der die politisch „Korrekten“ das Wort „Nationalsozialismus“ aussprechen und die Zähigkeit, mit welcher der amtliche Sprachgebrauch an dieser Tarnbezeichnung festhält, hat allerdings gute Gründe.

Erstens müsste man nach Anerkennung des gegenrevolutionären Kerns auch von der Revolution selbst reden. Von ihr schweigt man jedoch lieber.

Zweitens besteht entschiedenes Interesse daran, die sozialistische Bewegung in die Nähe der Barbarei zu bringen, was einem farbenblinden „Antixtremisten“, für den Rot und Braun dasselbe ist, nicht schwer fällt.

Drittens braucht man einen Begriff, der nur auf Deutschland anwendbar ist, weil sich nur in der Beschränkung auf den deutschen Faschismus und speziell auf den mörderischen Antisemitismus der deutschen Faschisten jenes Substrat gewinnen lässt, das man seit dem Kosovokrieg zur erneuten Legitimation des Krieges braucht.

Es war der deutsche Außenminister, der die Losung ausgab „Nie wieder Auschwitz!“ und damit die Losung „Nie wieder Krieg!“ neutralisierte. Das Recht zum Krieg wie auch das Recht auf uneingeschränkte Intervention, diese Merkmale einer jeden imperialistischen Politik, waren nach über einem hal-

ben Jahrhundert Friedensrhetorik offenbar nicht anders zu begründen. Es liegt auf der Hand: Wer einen „Weltkrieg gegen den Terrorismus“, wer das Folterlager Guantanamo rechtfertigen will, der braucht den monströsen, aus allen Zusammenhängen isolierten Bezugspunkt, der keinen Widerspruch zulässt. Ebenso klar ist es, dass die Erinnerung an eine Revolution dabei nicht weiterhilft, die in erster Linie eine antimilitaristische war, ein Aufstand der Matrosen und Soldaten gegen den Krieg, gegen das ganze System der Entwürdigung. Man will nicht wissen, wie ein Krieg unführbar geworden ist, sondern wie man künftige Kriege führbar machen kann. Dass der Rechtsstaat für eine Politik der Militarisierung nur bedingt brauchbar ist, leuchtet ein. So konstruiert man den „übergesetzlichen Notstand“ als eine Art Fortentwicklung der Notstandsgesetze aus der Zeit des Kalten Krieges. Der Bürgerliche Rechtsstaat überwindet sich selbst. Um jedem „Aufstand des Gewissens“ vorzubeugen, sucht die Luftwaffe schon heute „befehlstreue“ Piloten. Nur solche sollen der „Sicherungsgruppe“ angehören, die den Abschussbefehl an einem Zivilflugzeug zu exekutieren hat.⁸ Da weht ein Gifthauch aus den Tagen herüber, als die Reichsregierung 1918 „loyale Offiziere“ zusammensuchte, um gegen die Arbeiter vorgehen zu können, Offiziere, die bereit waren, auf Zivilisten zu schießen, auf Frauen und Kinder, auf Männer, die gestern noch ihre Kameraden gewesen waren.

Wenn die Linke heute auch schwach ist und gleichsam nur ein Schatten dessen, was sie einmal war, so ist sie doch Teil der großen Anstrengung, zu einer gerechten Gesellschaft zu gelangen. Dieses Ringen vollzog sich in einem weiten Spannungsbogen, der in Europa seinen Höhepunkt in der russischen Oktoberrevolution 1917 und in der deutschen Novemberrevolution 1918 hatte. Am Datum des 9. November wird sich künftig Jahr für Jahr zeigen, ob die Linke im Stande ist, sich aus der Fixierung auf den Faschismus zu lösen und zu sich selbst zurückzufinden. Das Erinnern an die Verbrechen der Konterrevolution ist letztlich nutzlos, wenn darüber die Forderungen der Revolution vergessen werden. Auch das Pogrom von 1938 wurde mit dem Ziel unternommen, die Erinnerung an die Revolution des 9. November 1918 auszulöschen, ganz in dem Sinn, wie die Nazis zuvor schon am 9. November 1923 versucht hatten, mit einem „Marsch auf Berlin“ die Konterrevolution zum Sieg zu führen. Auch wenn es den Beteiligten nicht bewusst ist und noch weniger in ihrer Absicht liegt: Wer am 9. November von der Revolution der Matrosen und Soldaten des Jahres 1918 schweigt und statt dessen allein an die Verbrechen der Mordbanden des Jahres 1938 erinnert, der vollzieht, was er zu bekämpfen meint.

Es nimmt den Opfern von 1938 nichts, ja es macht ein würdiges Gedenken überhaupt erst möglich, wenn man diese Zusammenhänge aufdeckt und den 9. November endlich wieder zum Jahrestag der deutschen Revolution macht, des Kampfes gegen Ausbeutung und Krieg, gegen den Imperialismus in allen seinen Formen.

⁸ Deutschlandfunk 18.9.2007.